



Regionalbericht
Nahe Osten und Nordafrika

Eine desaströse Dekade

von Jan Claudius Völkel

Bertelsmann Stiftung
Carl-Bertelsmann-Straße 256
33311 Gütersloh
Telefon +49 5241 81-0
www.bertelsmann-stiftung.de

Der Text und die Abbildungen dieser Publikation sind urheberrechtlich geschützt und lizenziert unter der Creative Commons Namensnennung 4.0 International (CC BY-SA 4.0) Lizenz. Den vollständigen Lizenztext finden Sie unter:
<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>



Das Titelfoto (© PhotoDisc/Gettyimages.com) und die Logos sind ebenfalls urheberrechtlich geschützt, unterfallen aber nicht der genannten CC-Lizenz und dürfen nicht verwendet werden.

DOI 10.11586/2022008

Regionalbericht

Naher Osten und Nordafrika

Eine desaströse Dekade

von Jan Claudius Völkel*

Überblick zu den Transformationsprozessen in Ägypten, Algerien, Bahrain, Iran, Irak, Jemen, Jordanien, Kuwait, Libanon, Libyen, Marokko, Oman, Katar, Saudi-Arabien, Sudan, Syrien, Türkei, Tunesien und den Vereinigten Arabischen Emiraten



Dieser Regionalbericht analysiert die Ergebnisse des Transformationsindex BTI 2022 der Bertelsmann Stiftung im Untersuchungszeitraum vom 1. Februar 2019 bis zum 31. Januar 2021. Weitere Informationen finden Sie unter www.bti-project.org.

Zitiervorschlag: Jan Claudius Völkel, Eine desaströse Dekade — BTI-Regionalbericht Naher Osten und Nordafrika. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung 2022.

* Dr. Jan Claudius Völkel ist Academic Dean am IES Abroad Freiburg Center und BTI-Regionalkoordinator für den Nahen Osten und Nordafrika.

Einleitung

Anfang Juli 2021 veröffentlichte der bekannte jordanische Cartoonist Emad Hajjaj eine Zeichnung in der Tageszeitung *al-Arabi al-jadid* (The new Arab), auf der dunkle Gestalten die libanesische Fahne in diebischer Absicht auseinandernehmen und alles abtransportieren, was nicht niert- und nagelfest ist¹: Die prachtvolle Zeder, seit jeher das Nationalsymbol Libanons und Mittelpunkt der Nationalflagge: abgesägt und zerteilt. Die beiden roten Streifen am oberen und unteren Fahnenrand, üblicherweise als Symbol für das Blut der libanesischen Märtyrer verstanden: wie Holzbalken davongetragen. Kurz: das Land gänzlich geplündert. Der Zeichner porträtierte damit nicht allein die jüngste Entwicklung des Libanon, denn seit Jahrzehnten schon schlachtet eine korrupte, in Konfessionen zersplitterte Politikaste den Reichtum des Landes schamlos aus. Mit dem Wirtschaftskollaps 2019 hat dieser Missbrauch das Land endgültig in den Ruin getrieben, die Folgen für die Bevölkerung sind katastrophal. In diese Lage hinein explodierte im August 2020 wegen mangelnder Sicherheitsvorkehrungen eine Lagerhalle im Beiruter Hafen, mit verheerenden Folgen für Libanons Hauptstadt wie für das gesamte Land, und die COVID-19-Pandemie breitete sich im weiteren Jahresverlauf aufs Schrecklichste aus.

In gewisser Weise hatte Hajjaj aber auch nahezu die gesamte Region des Nahen Ostens und Nordafrikas (Middle East and North Africa, MENA) zutreffend karikiert: Ausbeutung von Personen und Ressourcen sind dominierende Verhaltensmuster geworden. Nepotismus, Vetternwirtschaft und Korruption werden von vielen Regierung protegiert, wenn nicht gar gefördert. 2019 war dabei ein Jahr neuerlicher Massenproteste in gleich mehreren Ländern: In Ägypten, Algerien, Bahrain, Irak, Iran, Kuwait, Libanon, Marokko, Sudan und Tunesien protestierten insgesamt mehrere Millionen Menschen gegen die klientelistischen und repressiven Systeme. Erst der Ausbruch der COVID-19-Pandemie Anfang 2020 stoppte die meisten Demonstrationen, da ab sofort Regeln der physischen Distanzierung Vorrang bekamen – für etliche Regime war die Pandemie allerdings auch ein willkommener Anlass, mit harschen Maßnahmen die Menschen nicht mehr auf die Straße zu lassen. Trotzdem haben beispielsweise in Algerien, Bahrain, Jordanien, Libyen, Sudan und Tunesien auch im Jahr 2020 Demonstrationen stattgefunden. In Ländern wie Jemen, Katar, Saudi-Arabien, Syrien, der Türkei oder den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE) hingegen sind Demonstrationen aufgrund der Repression nahezu unmöglich geworden.

Die MENA-Region steht in allen drei Teilindizes des BTI 2022 deutlich schlechter da als zehn Jahre zuvor, als der „Arabische Frühling“ Anfang 2011 Millionen von Menschen aus Protest gegen jahrzehntelange Misswirtschaft und Unterdrückung mobilisierte. In den hier betrachteten letzten zwei Jahren haben lediglich die außergewöhnlichen Entwicklungen im Sudan nach Ende des Regimes von Präsident Omar al-Bashir die Region im „Politischen Status“-Index (+0,05) sowie im „Governance“-Index (+0,22) etwas ins Positive gehoben. Abgesehen von dieser singulären Positivtendenz ist aber klar: Die Hoffnungen des Arabischen Frühlings auf Demokratie, wirtschaftliche Teilhabe und soziale Gerechtigkeit haben sich insgesamt nicht erfüllt. Insbesondere im Bereich der wirtschaftlichen Transformation sind die regionsweiten Tendenzen weiter negativ (-0,20). Die COVID-19-Pandemie, die Anfang 2020 insbesondere den Iran heimsuchte und anschließend in vielen Ländern auch der MENA-Region ihre Opfer forderte, traf somit auf Gesellschaften, die aufgrund von Misswirtschaft und schlechter Regierungsführung dem Virus oftmals schutzlos ausgeliefert waren.

Dies trifft auch auf Tunesien zu. Die einzige aus dem Arabischen Frühling resultierende Demokratie stagniert seit Mitte des letzten Jahrzehnts in den Teilindizes „Politische Transformation“ und „Governance“ bei gleichzeitig starken Rückgängen in „Wirtschaftlicher Transformation“. Die tiefe Enttäuschung

¹ Der Cartoon mit dem Titel „Lebanon: A falling apart country“ ist in der Zeitung *al-Arabi al-jadid* am 1. Juli 2021 erstabgedruckt worden und wurde fünf Tage später auch von der französischen Tageszeitung *Le Monde* abgebildet.

über die jahrelange Verkrustung des politischen Systems war ein wesentlicher Grund für die Begeisterung großer Teile der tunesischen Bevölkerung, als Staatspräsident Kais Saied am 25. Juli 2021 Parlament und Regierung absetzen ließ und damit den schwelenden Machtkampf mit der islamistischen Ennahda-Partei zumindest vorübergehend zu seinen Gunsten beeinflusste. Ein solcher „Kulturkampf“ zwischen vorgeblich säkularen und in verschiedenen Ausprägungen islamistischen Kräften stellte auch in den Untersuchungsjahren des BTI 2022 in vielen Ländern der MENA-Region ein dominierendes Politikelement dar.

Dies trifft in besonderer Weise auf Algerien zu, wo nahezu zeitgleich mit den Umwälzungen im Sudan im Frühjahr 2019 mit der Absetzung des greisen Staatspräsidenten Abdelaziz Bouteflika ebenfalls ein fundamentaler Regierungswechsel stattfand. Während sich aber im Sudan messbare Verbesserungen durch den Umsturz ergaben, blieb Algerien in den Bewertungen der BTI-Erhebungen nahezu unverändert; zu tief sind die Strukturen des berühmt-berüchtigten „tiefen Staates“ (Le Pouvoir) in Afrikas größtem Land verwurzelt. Der Sudan stellt derweil ein Paradoxon dar: Während das Nilanrainerland sowohl im Bereich der Politischen Transformation als auch im Governance-Index die größten Verbesserungen aller 137 BTI-Länder erreichte, wird es nun dennoch als „zerfallender Staat“ geführt, da die administrativen Grundleistungen der neuen Übergangsregierung nicht mehr ausreichend sind.

Die Region zählt damit nun vier zerfallende Staaten: Jemen, Libyen, Sudan und Syrien – im BTI 2022 gab es derer noch keinen. Auch dies ist Ausdruck der regionsweiten Verschlechterungen, die sich über die letzten zehn Jahre ergeben haben.

Politische Transformation

Obschon der Sudan sich nun in der gleichen Kategorie ungenügender Staatlichkeit wiederfindet wie die Bürgerkriegsstaaten Libyen, Syrien und Jemen, steht er doch deutlich besser da als die Vergleichsstaaten. Er hat aber mit fundamentalen Problemen zu kämpfen, die vielen Transformationsländern imminently sind, darunter mangelnde Kompetenz und Kapazitäten der neuen Entscheidungsträger, große gesellschaftliche Konflikte und mangelnde Institutionalisierung politischer Entscheidungsprozesse.

Tab. 1: Entwicklungsstand der politischen Transformation

sich konsolidierende Demokratien Werte 10 bis 8	defekte Demokratien Werte < 8 bis 6	stark defekte Demokratien Werte < 6	gemäßigte Autokratien Werte ≥ 4	harte Autokratien Werte < 4
	Tunesien	Libanon	Türkei	Katar
			Algerien	Marokko
			Kuwait	Ägypten
			Jordanien	Bahrain
			Irak ▲	Sudan ●
			Vereinigte Arab. Emirate ▲	Oman
				Iran
				Saudi-Arabien
				Libyen ●
				Syrien ●
				Jemen ●

Die Tabelle folgt den Indexwerten im BTI 2022. Die Länder sind entsprechend ihrer Systemkategorisierung und der Bewertung des politischen Transformationsstands angeordnet. Pfeile markieren Kategorienwechsel im Vergleich zum BTI 2020, Punkte bezeichnen zerfallende Staaten.

Der Sturz des langjährigen Inqaz-Regimes von Omar al-Bashir im April 2019 führte im Sudan zu durchweg positiven Veränderungen in allen Kernkriterien politischer Transformation – einzig die öffentliche Verwaltung verschlechterte sich in der Umbruchsituation. Leistungen der staatlichen Daseinsfürsorge,

schon vorher nur rudimentär verfügbar, sind in vielen Landesteilen weiter rückläufig, selbst in der Hauptstadt Khartum. An vielen Orten haben stattdessen „Nachbarschaftsausschüsse“ quasi-staatliche Aufgaben übernommen, darunter die so wichtige Verteilungsorganisation von Grundnahrungsmitteln und Kraftstoffen. Die COVID-19-Pandemie hat die öffentliche medizinische Versorgung überstrapaziert, nur in privaten Krankenhäusern können Infizierte adäquate Behandlung erhoffen, dann allerdings zu für die meisten Sudanese:innen unerschwinglichen Preisen. All das, verbunden mit zunehmenden Problemen bei der Energieversorgung, führt zur Einstufung als „zerfallender Staat“.

Die im Wesentlichen von jungen Revolutionären vorangetriebenen Reformschritte sind trotzdem beachtlich. Nach intensiven Verhandlungen wurde im September 2019 eine Übergangsregierung eingesetzt, die innerhalb von drei Jahren die Weichen für den „neuen“ Sudan stellen soll. Wichtige Lockerungen gab es im Bereich der Versammlungsfreiheit: das Ende der 30-jährigen Repression seitens des Inqaz-Regimes ließ neue zivilgesellschaftliche Organisationen und ebenso neue Zeitungen entstehen. Ein im Oktober 2020 unterzeichnetes Friedensabkommen mit drei einflussreichen Milizen soll die jahrzehntealten Konflikte in Darfur und anderen Provinzen beenden. Außenpolitisch haben die neuen Entscheidungsträger Sudans bisherige Isolierungsstrategie aufgegeben und sowohl mit den USA als auch mit Israel die Beziehungen normalisiert.

Gleichwohl, die Herausforderungen sind nach wie vor riesig. Die Frage nach dem Umgang mit Angehörigen und Unterstützern des alten Regimes, das Ringen zwischen Militärs und Zivilisten um die künftige Ausgestaltung des Staates und die dann anzustrebende Machtverteilung, die immer noch vorkommende Polizeigewalt, die wachsenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten und der im Jahr 2020 stark angestiegene Zuzug von Flüchtlingen aus dem benachbarten Äthiopien nach Ausbruch des dortigen Tigray-Krieges zeigen, dass der Transformationsweg für den Sudan noch weit ist. Zwei wichtige militärische Untergruppierungen der Sudan Liberation Movement/Army (SLM/A) und der Sudan People's Liberation Army (SPLA/North) boykottieren zudem das Friedensabkommen vom Oktober 2020. Neben den offiziell geschaffenen Führungs-Institutionen, wie insbesondere der als Souveränitätsrat bezeichneten Übergangsregierung und dem wirtschaftlichen Krisenstab haben sich überdies die paramilitärischen Einheiten der Rapid Support Forces unter General Mohamed Hamadan Dagalo im Machtzentrum halten können und entziehen sich bislang dem zivilen Oberbefehl.

Tatsächlich ist der Sudan zum Jahresbeginn 2021 also nach wie vor weit davon entfernt, als nachhaltiges Erfolgsbeispiel für Demokratisierung gewertet werden zu können. Entsprechend ist der Sudan im BTI-Gesamtranking der politischen Transformation nach wie vor nur auf Position 123 und damit hinter Ländern wie Afghanistan, der Zentralafrikanischen Republik oder auch der Demokratischen Republik Kongo platziert. Die größten Aufgaben aktuell sind der Aufbau von funktionierenden Staatsinstitutionen, darunter nicht zuletzt ein demokratisch gewähltes, repräsentatives und einflussreiches Parlament, und die Frage der Entwaffnung oder Reintegration von Milizionären in die offiziellen Streitkräfte.

Irak und die VAE haben sich in die Kategorie der „moderaten Autokratien“ verbessert, wenn auch nur dank minimaler Fortschritte. Iraks neuer Ministerpräsident Mustafa al-Kadhimi hat positive Akzente insbesondere bei der Ahndung von Amtsmissbrauch gesetzt. Er kam im Zuge der landesweiten Massenproteste im Oktober 2019 an die Macht und versucht seitdem, das nach der Schreckensherrschaft des „Islamischen Staates“ (IS) gebeutelte Land zu stabilisieren. Die Justiz, nach wie vor institutionell schwach und insbesondere mit der Aufarbeitung der zahlreichen IS-Verbrechen überfordert, agiert unter ihm freier von politischen Einflüssen, auch seitens der immer noch sehr einflussreichen Milizen. In den VAE wurden die strikten Moralvorstellungen dergestalt gelockert, dass Familienrechtsangelegenheiten nicht mehr ausschließlich von Scharia-Gerichten beurteilt werden. Sogenannte „Ehrenmorde“ wurden zudem erstmals explizit unter Strafe gestellt.

Alle anderen Länder der Region haben kaum nennenswerte Änderungen durchlaufen, wenngleich die COVID-19-Pandemie in einigen Staaten zu strikten Maßnahmen und in der Folge zu Einschränkungen von fundamentalen Grundrechten geführt hat. Da die meisten Länder als „harte Autokratien“ sowieso

schlecht bewertet wurden, haben sich die pandemiebedingten zusätzlichen Einschränkungen der Grundrechte nur geringfügig in den Bewertungen der entsprechenden Indikatoren niedergeschlagen. Bei den Versammlungsrechten wurde beispielsweise lediglich Jordanien abgewertet, wo die Regierung des damaligen Premierministers Omar Razzaz am 17. März 2020 den Ausnahmezustand verhängte und diesen im Jahresverlauf zur Auflösung des regierungskritischen Lehrersyndikats nutzte. Schlechter bewertet wurden auch Libanon und Irak, jeweils aber unabhängig von der Pandemie: In beiden Ländern waren die anhaltenden Demonstrationen gegen die allgemein schlechten Lebensbedingungen schon vorher teils gewaltsam unterbunden worden.

In Algerien schlugen sich pandemiebedingte Maßnahmen negativ auf die Presse- und Meinungsfreiheit nieder. Dies ist besonders enttäuschend, da nach der Absetzung Bouteflikas eigentlich Verbesserungen erwartet worden waren, aber im Gegenteil: Etliche politische Akteure wurden während Protesten oder für Beiträge in den sozialen Medien verhaftet – der BTI-Länderbericht spricht von einem regelrechten „Crackdown“ gegen Oppositionelle. Einschränkungen der Meinungsfreiheit wurden auch in Libyen und Bahrain diagnostiziert, wobei COVID-19 erneut eher nachgeordnete Bedeutung hatte: In Libyen nahmen rivalisierende Milizen zunehmend Journalist:innen ins Visier, und beide Regierungen des de facto in zwei Hälften geteilten Landes gingen hart gegen Oppositionelle und zivilgesellschaftliche Akteure vor. In Bahrain, eine der härtesten Autokratien der Welt überhaupt (Rang 122 im „Politischer Transformation“-Status des BTI), hat das Regime die zuvor bereits weitgediehene Online-Überwachung unter dem Deckmantel der Pandemiebekämpfung weiter ausgebaut und etliche Regimekritiker sowie Menschenrechtsaktivisten verhaftet.

Bürgerliche Grundrechte wurden in Kuwait und Marokko weiter eingeschränkt. In Kuwait wurde die COVID-19-Pandemie zur Einführung einer Überwachungs-App genutzt, die nun die Bewegungsprofile der Bevölkerung aufzeichnen kann, und in einigen Fällen wurden sogar elektronische Fußfesseln zur Einschränkung des persönlichen Freiheitsradius verhängt. In Marokko wurden die pandemiebedingten Ausgangsbeschränkungen strikt überwacht und Tausende wegen Missachtung verhaftet. Ebenso wurden Kritiker:innen der harten Regierungsmaßnahmen in Arrest genommen.

Weiter verschlechtert haben sich die politischen Verhältnisse in der Türkei, die seit dem BTI 2020 nicht mehr als Demokratie geführt wird. Ein Jahr vor dem 100. Geburtstag der 1923 gegründeten Republik Türkei, die sich damals in Abgrenzung zum zerfallenden Osmanischen Reich modern und reformfreudig präsentierte, ist das Land politisch wie wirtschaftlich in einer starken Rückwärtsbewegung. Präsident Recep Tayyip Erdoğan hat zwar seine Macht durch zahlreiche repressive Maßnahmen gegen Oppositionelle scheinbar gefestigt. Doch mit dem Absprung früherer hochrangiger Vertreter seiner „Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung“ (AKP) und deren Gründung gleich zwei neuer Parteien, der DEVA-Partei unter Ali Babacan und der „Zukunftspartei“ unter dem früheren Außenminister Ahmet Davutoğlu, ist neue politische Konkurrenz erwachsen. Sie könnte den Teil der Wählerschaft ansprechen, der zwar die kemalistische CHP als aktuell größte Oppositionspartei ablehnt, aber ebenso Erdoğan's undemokratische Herrschaftsweise für falsch hält. Das manipulative Eingreifen der Regierung in die Lokalwahlen 2019 sowie die zunehmend restriktive Behandlung zivilgesellschaftlicher Organisationen, insbesondere aber die sich verschärfende Wirtschaftsmalaise könnten den Unmut in der Bevölkerung weiter anheizen und zu neuerlichen Demonstrationen ähnlich den Gezi-Protesten von 2013 führen. Manche Beobachter:innen rechnen bereits mit vorgezogenen Neuwahlen für Frühjahr 2022; wenn es so käme, wäre aber davon auszugehen, dass diese weder frei noch fair abgehalten würden.

Auch in Ägypten, mit einer Bevölkerung von über 100 Millionen das bevölkerungsreichste Land der MENA-Region, sind Wahlen nach den Hoffnungen des Arabischen Frühlings inzwischen wieder zu reinen Schauveranstaltungen geworden. Präsident Abdel Fattah al-Sisi hat den letzten verbliebenen Oppositionspolitiker:innen alle Möglichkeiten genommen, sich als veritable Alternativen zu präsentieren. Das Regime beschnitt auch die Unabhängigkeit der Justiz weiter, so dass dem anhaltenden Machtmissbrauch aktuell keinerlei Grenzen gesetzt sind.

In Iran hat die Pandemie das Versagen des dortigen Regimes gut vierzig Jahre nach der „Islamischen Revolution“ erneut drastisch vor Augen geführt: Die Mischung aus religiöser Ignoranz und Missachtung wissenschaftlicher Erkenntnisse machte es zu einem der am schwersten von COVID-19 betroffenen Länder. Aber auch ohne die dramatischen Auswirkungen der Corona-Pandemie waren die letzten Regierungsjahre von Präsident Hassan Rouhani, einst als Hoffnungsträger gestartet, negativ zu bewerten, zu stark kontrollieren die eigentlichen Machthaber rund um Ayatollah Ali Khamenei die Geschehnisse und verhindern jegliche Reformen. Die Politik des maximalen Drucks gegenüber der Islamischen Republik seitens US-Präsident Donald Trump hatten die Fronten weiter verhärten lassen; Hoffnung besteht nun, dass die neue US-Regierung unter Präsident Joe Biden die Verhandlungen um das iranische Atomprogramm und dem „Joint Comprehensive Plan of Action“ (JCPOA) wieder konstruktiver angeht. Allerdings hat die – manipulierte – Wahl des radikalen Ebrahim Raisi, bislang Chef des Justizapparats, zum neuen iranischen Staatspräsidenten im Sommer 2021 gezeigt, dass das Regime kaum Interesse an einer Entspannung hat; eine umfassende Aufhebung der aktuellen US-Wirtschaftssanktionen, die das vorher bereits arg gebeutelte Land weiter in eine sozioökonomische Krise getrieben haben, bleibt damit unwahrscheinlich.

Wirtschaftliche Transformation

Negative Wirtschaftsaussichten plagen indes nicht nur Iran. Die Gesamtregion hat mit einem Durchschnittswert von 4.83 auf der BTI-Skala einen neuen Negativrekord aufgestellt, -0.20 Punkte im Vergleich zum BTI 2020. Verglichen zum BTI 2012, also dem Stand beim Ausbruch des „Arabischen Frühlings“, beträgt der Rückgang sogar einen ganzen Punkt und stellt weltweit den stärksten regionalen Negativtrend dar. Nach der Abstufung der VAE gehört kein MENA-Land mehr der besten BTI-Kategorie an (siehe Tabelle 2). Derweil befinden sich immerhin acht der insgesamt 19 MENA-Staaten in einer der beiden schlechtesten Rubriken, verfügen also lediglich über „stark eingeschränkte“ oder gar „rudimentäre“ wirtschaftliche Entwicklungsstände.

Tab. 2: Entwicklungsstand der wirtschaftlichen Transformation

weit fortgeschritten Werte 10 bis 8	fortgeschritten Werte < 8 bis 7	eingeschränkt Werte < 7 bis 5	stark eingeschränkt Werte < 5 bis 3	rudimentär Werte < 3
	Vereinigte Arab. Emirate ▼ Katar	Kuwait ▼ Saudi-Arabien Türkei Marokko Tunesien Bahrain Jordanien Oman Algerien	Ägypten Libanon ▼ Irak	Iran Libyen Sudan Jemen Syrien

Die Tabelle folgt den Indexwerten im BTI 2022. Die Länder sind entsprechend ihrer Bewertung des wirtschaftlichen Transformationsstands angeordnet. Pfeile markieren Kategorienwechsel im Vergleich zum BTI 2020.

Diese Verschlechterungen machen sich inzwischen auch bei den am besten bewerteten Ländern bemerkbar, also den ressourcenbasierten Volkswirtschaften der reichen Monarchien am Persischen Golf. Sowohl die VAE (-0,07) als auch Kuwait (-0,25) wurden um jeweils eine Kategorie abgestuft. Saudi-Arabien verbesserte sich minimal, insbesondere aufgrund einer verbessert wahrgenommenen Umweltpolitik. Nach den Jahrzehnten des Ölbooms wird der Trend zu erneuerbaren Energien auch im wahhabitischen Königreich immer spürbarer, wenngleich der individuelle Ressourcenverbrauch weiterhin sehr hoch ist. Ein Umdenken ist allerdings nicht nur aus ökologischen Aspekten unabdingbar, auch

volkswirtschaftlich ist die zu große Abhängigkeit von den (zuletzt deutlich zu niedrigen) Ölpreisen problematisch. Negative Wachstumsraten seit 2017 waren ein deutliches Warnsignal, die Corona-Krise hat diese Tendenzen nochmals verstärkt.

Auch in Katar und den VAE ist ein verstärktes Interesse an alternativen Energieformen erkennbar. Während die VAE allerdings konkrete Maßnahmen zur CO₂-Reduzierung erarbeitet haben und dafür auch auf internationale Beratung zurückgriffen, ist die Linie Katars eher unklar. Schuld daran ist auch die Erfahrung der jahrelangen Isolierung seitens der anderen Mitgliedsstaaten im Golfkooperationsrat, allen voran Saudi-Arabien und die VAE. Katars Wunsch nach mehr Eigenständigkeit auch in der Nahrungsmittelproduktion hat den Verbrauch von Wasser, Energie und Pestiziden nochmals ansteigen lassen. In globalen Rankings gibt Katar deswegen ein schlechtes Bild ab. Die umweltpolitische Haltung in Kuwait ist dem ähnlich: Zwar herrscht ein gewisses Bewusstsein für die Dringlichkeit vieler ökologischer Fragen, konkrete Maßnahmen gibt es aber kaum und Politikentscheidungen bleiben üblicherweise vage. Ähnlich wie Saudi-Arabien leidet Kuwait unter dem niedrigen Ölpreis und den wirtschaftlichen Negativeffekten der COVID-19-Pandemie. Auch Bahrain und Oman hatten entsprechende Einbußen zu verzeichnen.

Regionsweit war der wirtschaftliche Einfluss von COVID-19 nach dem ersten Jahr der Pandemie bereits deutlich zu spüren. Elf der insgesamt 19 MENA-Länder wurden im Kriterium „Volkswirtschaftliche Leistungsstärke“ abgewertet, darunter Irak und Libanon um gleich zwei Punkte. Ebenfalls massive Abwertungen gab es bei den Indikatoren „Geldwertstabilität“ (in sieben Ländern) und „Fiskalstabilität“ (in sechs Ländern). Bedenklich ist derweil, dass im Bereich der „Sozialen Sicherungssysteme“ lediglich drei Länder besser eingestuft wurden (Algerien, Marokko und Oman), während vier Staaten sogar Abwertungen erfuhren (Bahrain, Irak, Syrien und die VAE). Während die Pandemie also die Wirtschaft spürbar belastet und die Armut teils rapide ansteigt, haben die meisten Regierungen keine oder nur unzureichende Maßnahmen ergriffen, um die zusätzlichen Belastungen für die Bürger:innen mit sozialpolitischen Maßnahmen abzufedern. Betroffen sind insbesondere Menschen in prekären, da informellen Beschäftigungsverhältnissen, darunter viele ausländische Arbeitskräfte aus ärmeren Herkunftsländern, sowie Flüchtlinge. Da Sozialleistungen bislang ein wesentlicher Bestandteil der Herrschaftspakte in den MENA-Ländern waren (Akzeptanz autokratischer Herrschaft gegen Absicherung der grundlegenden Lebensnotwendigkeiten), entsteht hier durch die verschärfte Schieflage zwischen Anspruch und Wirklichkeit ein neues Konfliktpotenzial, das in den kommenden Jahren noch für gewaltige Unruhen sorgen kann. Dies umso mehr, als ja schon in den Jahren vor dem Pandemieausbruch in vielen Staaten vormalige Subventionen auf Benzin und Grundnahrungsmittel zurückgefahren wurden, spürbare Preissteigerungen also bereits vor COVID-19 die Privatausgaben belastet hatten.

Dies korrespondiert mit der negativen Langzeittendenz der regionalen Wirtschaftsentwicklung, die ebenfalls weit vor Pandemieausbruch bereits überwiegend negativ war. Die meisten Länder weisen über die Dekade hinweg negative Trends auf, insbesondere die zerfallenden Staaten Libyen (-3,40), Syrien (-3,32) und Jemen (-2,68). Lediglich Algerien, Marokko, Saudi-Arabien und die VAE haben im Zehnjahresvergleich Verbesserungen erzielt. Nur ein minimaler Teil dieser negativen Entwicklungen ist in den meisten Ländern (und auch der Gesamtregion) auf den aktuellen Untersuchungszeitraum zurückzuführen. Lediglich im Irak und im Libanon haben sich seit 2020 nennenswerte Veränderungen ergeben. Aber selbst hier waren nicht ausschließlich die pandemiebedingten Einschränkungen maßgebend, sondern im Falle des Iraks die gesunkenen Einnahmen durch die Ölverkäufe aufgrund der niedrigen Handelspreise, und im Falle des Libanons das generelle Missmanagement, welches im Jahre 2019 – also noch vor Ausbruch der Pandemie – zum ökonomischen Kollaps führte.

Der Libanon ist aufgrund des Kollapses der größte Verlierer im aktuellen Wirtschaftsranking des BTI 2022, weltweit hat kein Land einen derartigen Abschwung erlebt. Um 1.43 Punkte verschlechterte sich der Zedernstaat im Vergleich zum BTI 2020 – abgesehen von den Bürgerkriegsländern Syrien (im BTI 2014: -2,29) und Libyen (im BTI 2016: -2,22) die schlechteste jeweils zwischen zwei BTIs gemessene

wirtschaftliche Transformationsentwicklung überhaupt. Hauptgrund für den zunächst schleichenden und zuletzt rapiden Verfall staatlicher und wirtschaftlicher Leistungsstärke ist das traditionelle Proporzsystem. Alle zentralen Positionen werden streng nach religiöser Zugehörigkeit vergeben. Dadurch tritt der Leistungsgedanke bei der Neubesetzung von Positionen ebenso in den Hintergrund wie Monitoring und Evaluation. Bezeichnend ist, dass die Beiruter Hafenexplosion noch immer nicht hinreichend aufgeklärt ist. Auch in den Indikatoren „Ahndung von Amtsmissbrauch“ und „Antikorruptionspolitik“ erzielte der Libanon in den letzten Jahren unterdurchschnittliche Bewertungen. Die Aufrechterhaltung der korrupten Machtstrukturen kam allerdings nach dem verheerenden Bankensturm im Spätsommer 2019 ernsthaft ins Wanken, denn fortan waren die enormen wirtschaftlichen Probleme des Landes nicht mehr zu kaschieren. Die Verluste des Libanons führten zu Abwertungen in neun der insgesamt 14 Wirtschaftsindikatoren. Besonders stark betraf dies die Indikatoren „Geldwertstabilität“ (9 > 4), „Bankensystem“ (9 > 5), „Wettbewerbspolitik“ (5 > 2) und „Leistungsstärke“ (4 > 2). Der dramatische Verlust von Währungsreserven führte zu einem starken Preisanstieg mit einer Inflationsrate von zeitweise über 100%; während die Armen damit weiter verarmen, bereiten wohlhabende Libanes:innen vermehrt ihre dauerhafte Abwanderung vor. Die armageddonhafte Explosion im Beiruter Hafen vom 4. August 2020 wurde Sinnbild für die Implosion des Staates. Die COVID-19-Pandemie, anfangs vergleichsweise erfolgreich eingedämmt, entfaltete in der Folge ihre volle Macht und lähmte das Land mit steigenden Infektions- und Todeszahlen weiter. Der BTI-Länderbericht spricht von „Libanons schlimmster Krise“ seit Ende des Bürgerkriegs 1990.

Der besonderen Dramatik unwidersprochen: der Libanon steht in gewisser Weise auch Modell für die gesamte MENA-Region. Angesichts der anhaltenden ökonomischen Schwierigkeiten sind Bemühungen um die Einführung von ordnungspolitischen Grundsätzen in den vergangenen zehn Jahren regionsweit in den Hintergrund geraten. Lag der Durchschnittswert aller 19 MENA-Länder im BTI 2012 beim Indikator „Marktorganisation“ noch bei 5,47, sank dieser im aktuellen BTI 2022 auf 4,84. Ähnliche Rückgänge hat es beim Indikator „Bankensystem“ (6,32 > 5,63), „Eigentumsrechte“ (6,21 > 5,63) und „Privatwirtschaft“ gegeben (6,16 > 5,58). Am deutlichsten aber ist die „Leistungsstärke“ zurückgegangen, also die volkswirtschaftliche Gesamtsituation: von ursprünglich 6,95 im BTI 2012 auf 4,68 im BTI 2022, ein alarmierendes Minus also von 2,27 Punkten.

Tunesien hinkt im Wirtschafts-Index des BTI 2022 mit einem Wert von 5,96 weiterhin dem Niveau aus der Vor-Revolutionszeit unter dem damaligen Präsidenten Zine El Abidine Ben Ali hinterher, mit 6,11 im BTI 2012 und sogar 6,79 im BTI 2008 als bisherigen Höchstwert. Dies liegt insbesondere an Abwertungen im Bereich der „Marktorganisation“ und, teilweise daraus resultierend, der „Volkswirtschaftlichen Leistungsstärke“. Ben Alis „Entwicklungsdiktatur“ galt wirtschaftlich als erfolgreich, das Land war beliebt als Urlaubsdestination ebenso wie für ausländische Investor:innen, die den vergleichsweise hohen Bildungsstand bei gleichzeitig niedrigen Löhnen in Tunesien schätzten. Die daraus resultierenden jährlichen Wirtschaftswachstumsraten von ehemals 5% und mehr wurden nach der Revolution allerdings nicht mehr erreicht, sondern betragen 2019 nur noch 1,0%. Viele Tunesier:innen spüren somit eine Verschlechterung der eigenen Lebenssituation und machen dafür oftmals die Regierung bzw. die gesamte politische Klasse verantwortlich.

Über zehn Jahre betrachtet hat sich auch die Wirtschaftslage im Revolutionsland Sudan sowie in Iran dramatisch verschlechtert. Im Sudan zeigte sich die Regierung unfähig und in Iran unwillig, der COVID-19-Pandemie erfolgreich entgegenzutreten: Die Armut, in beiden Ländern zuvor schon weit um sich greifend, steigt nochmals an. Die Inflationsraten steigen ebenso wie die öffentliche Verschuldung, Bildungsangebote verschlechtern sich. Positiv im Sudan sind allerdings einige wirtschaftspolitische Weichenstellungen, die die neue Regierung unter Ministerpräsident Abdalla Hamdok getroffen hat, begünstigt durch die Streichung Sudans von der „Liste terrorunterstützender Staaten“ der US-Regierung. Der Iran steht weiterhin auf dieser Liste (neben Kuba, Nordkorea und Syrien). Nachbar Irak hat ebenfalls massive Einbrüche hinnehmen müssen, nach einigen Verbesserungen im BTI 2020 mit wiederum

deutlichen -0.64 Punkten im Zweijahresvergleich. Auch hier ist das Zusammentreffen von niedrigen Ölpreisen, strukturellen Problemen und der COVID-19-Pandemie ursächlich.

Positiv waren die Trends in Marokko, das sich um 0,25 Punkte im wirtschaftlichen Transformationsstatus verbesserte. Hier stachen die höheren Standards im Bankenwesen inklusive verbesserter Unabhängigkeit der Zentralbank ins Auge: Seit 2019 erfüllt das maghrebinische Königreich die „Basel III“-Kriterien. Weitere Fortschritte gab es im Bereich der erneuerbaren Energien, Marokko gehört zu den weltweit führenden Nationen im Bereich der Erzeugung von Wind- und Solarenergie.

Governance

Sudan und Libanon waren ebenfalls bestimmend für die Entwicklungen im Governance-Index: Der Sudan gelangte mit einem Zuwachs von 1,57 Punkten in die Staatengruppe mit „schwacher“ Governance und liegt nun punktgleich mit dem Libanon (-0,94) auf Rang 118 im Gesamtranking. Die VAE (+1,03) und Katar (+0,72) schafften erneut den Sprung in die Kategorie der Länder mit „guter“ Governance (siehe Tabelle 3). Insgesamt hat sich die MENA-Region um 0,22 Punkte verbessert, bleibt aber im globalen Maßstab die mit Abstand am schlechtesten regierte BTI-Region. In dieses Bild passt, dass nur Katar und VAE auf einen Gesamtwert über dem rechnerischen BTI-Mittelwert von 5,50 kommen – schon Tunesien erreicht lediglich 5,33 Punkte. 17 der 19 MENA-Staaten liegen also in der unteren Hälfte der BTI-Gesamtskala 1–10.

Tab. 3: Qualität der Governance

sehr gut	gut	mäßig	schwach	gescheitert
Werte 10 bis 7	Werte < 7 bis 5,6	Werte < 5,6 bis 4,3	Werte < 4,3 bis 3	Werte < 3
	Vereinigte Arab. Emirate ▲	Tunesien	Saudi-Arabien	Libyen
	Katar ▲	Irak	Türkei	Iran
		Kuwait	Oman	Jemen
		Jordanien	Ägypten	Syrien
		Marokko	Bahrain	
		Algerien	Libanon	
			Sudan ▲	

Die Tabelle folgt den Indexwerten im BTI 2022. Die Länder sind entsprechend ihrer Bewertung im Governance-Index angeordnet. Pfeile markieren Kategorienwechsel im Vergleich zum BTI 2020.

Besonders dramatisch hat sich der Kollaps des Libanons in den Werten des BTI 2022 niedergeschlagen. In keinem einzigen Indikator wurden Fortschritte erzielt, aber Rückgänge in gleich neun Indikatoren. Die häufigen Wechsel an der Regierungsspitze nach den Rücktritten der Ministerpräsidenten Saad Hariri (Oktober 2019) und Hassan Diab (August 2020) sowie der letztendlichen kommissarischen Wiedereinsetzung Hariris (Oktober 2020) waren Ausdruck der allgemeinen Willenlosigkeit der libanesischen Eliten, effektiv etwas an den bestehenden Strukturen zu ändern. Das starre Korsett des Konfessionalismus, innerhalb dessen Machtzugänge und -verteilungen klar geregelt und offenbar unumstößlich sind, überstand alle diese Wirren und auch die zunehmenden Massenproteste, die sich ab 2019 gegen die verkrusteten und korrupten Strukturen entluden. Dabei waren nicht nur die konfessionell gebundenen politischen Akteure das Problem: auch genuine Technokraten wie von der Zentralbank (Banque du Liban) trugen durch eklatantes Fehlverhalten und offensichtliche Reformverweigerung zum Kollaps der Volkswirtschaft bei. Gerne wurde im Libanon auf die starke Belastung durch syrische und palästinensische Flüchtlinge verwiesen, wenn es um besondere Schwierigkeiten des Landes ging. Der hohe Zuzug von Geflüchteten war und ist auch eine relevante Belastung; die vergangenen beiden Jahre haben aber überdeutlich gezeigt, dass das kollektive und strukturelle Versagen der gesamten Staatselite das deutlich größere Problem ist. Auch der große Einfluss der von Iran unterstützten Hisbollah muss im

Verhältnis zu diesem selbstinduzierten Elitenversagen gesehen werden: Diese konnte nur deswegen als Miliz, aber auch Partei und Sozialorganisation so bedeutend werden, weil die staatlichen Institutionen keine adäquate Macht entgegenzusetzen hatten, darunter insbesondere die libanesische Armee als auch mangelnde Polizeiarbeit gegen kriminelle Aktivitäten der Hisbollah. Diese wurde damit zum „Staat im Staat“ mit weitreichenden internationalen Verbindungen, der sich heute nur noch schwerlich kontrollieren lässt.

Iran hat keine wesentlichen Änderungen im Governance-Index durchlaufen, was als schlechte Nachricht aufzufassen ist. Der ursprünglich als Reformler gefeierte Präsident Hassan Rouhani, von August 2013 bis August 2021 im Amt, hat es nicht geschafft, zentrale Versprechen umzusetzen; dazu fehlte es an Durchsetzungsvermögen gegenüber dem Wächterrath, der insgesamt eine harte Haltung gegenüber inneren Reformen einnimmt. Eine zentrale Rolle hierbei spielen die islamischen Revolutionsgarden (IRGC), die im März 2019 von den USA zur Terrororganisation erklärt wurden und überdies verantwortlich waren für den Abschuss einer ukrainischen Passagiermaschine kurz nach ihrem Start vom Teheraner Flughafen am 8. Januar 2020. Alle 176 Menschen an Bord starben. Der fatale Fehler geschah wenige Tage nach der Tötung des einflussreichen IRGC-Kommandeurs Qasem Soleimani durch eine US-Drohnenattacke in Bagdad, infolgedessen die iranische Luftabwehr unter erhöhter Alarmbereitschaft stand. Obschon die iranischen Behörden relativ schnell den Abschuss eingestanden, wurde die folgende Untersuchung von internationaler Seite als unzureichend und wenig vertrauenswürdig zurückgewiesen.

Das einstige Reformvorbild der Region, die Republik Türkei, hat ihren seit 2014 anhaltenden Negativtrend auch im jüngsten Untersuchungszeitraum fortgesetzt. Mit einem Wert von 3,98 ist sie im Governance-Index weiter abgerutscht und liegt nun sogar hinter Saudi-Arabien (3,99). Präsident Recep Tayyip Erdoğan hat nicht nur innenpolitisch durch zunehmende Machtanmaßung weiter polarisiert, sondern tritt auch außenpolitisch zunehmend eigensinnig und unberechenbar auf. Dies betrifft sowohl eigene Militäroperationen in Nordsyrien, die stets unter dem Verdacht stehen, primär ein Erstarben der dortigen kurdischen Verbände verhindern zu sollen, als auch das Eingreifen in die militärische Auseinandersetzung zwischen Armenien und Aserbaidschan im Jahr 2020. Hinzu kommt das aggressive Auftreten der Türkei gegenüber der Republik Zypern in Hinblick auf die neu entdeckten Gasvorkommen im östlichen Mittelmeer, weiter angeheizt durch erste Schritte zur Wiederbesiedelung der ehemals von griechischen Zypriot:innen bewohnten Ortschaft Varosha. Diese ist seit der türkischen Besatzung 1974 eine „Geisterstadt“ in militärischem Sperrgebiet. Ihre Reaktivierung würde die Entscheidungshoheit des VN-Sicherheitsrats übergehen und einer faktischen Eingliederung in nordzyprisches Territorium gleichkommen. Internationale Kritik, unter anderem vom Europäischen Parlament, weist die Erdoğan-Regierung stets mit Nachdruck zurück. Die Beziehungen zwischen der Türkei und der NATO haben aber auch andere Rückschläge erlitten, zum Beispiel durch den nicht abgestimmten Ankauf von russischen S-400 Boden-Luft-Raketen für die türkischen Streitkräfte.

Abgesehen vom türkischen Abstieg wurden im jüngsten BTI aber auch deutliche Verbesserungen im Kriterium „Internationale Kooperation“ verzeichnet. Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen einiger arabischer Staaten mit Israel ab August 2020 infolge der „Abraham Accords“ sowie die Beendigung der „Katar-Krise“ im Januar 2021 waren hier maßgeblich. Der Sudan verbesserte sich überdies nach dem Ende des Inqaz-Regimes vor allem in den Indikatoren „Glaubwürdigkeit“ und „Nutzung internationaler Unterstützung“ (jeweils 1 > 5). Zudem hat die Übergangsregierung einige beachtliche Erfolge bei der Befriedung der zahlreichen innerstaatlichen Konflikte erreicht: Im Kriterium „Konsensbildung“ ist das Land das einzige im BTI-Sample mit einer bedeutenden Verbesserung (+2,4). Auch Libyen ist hier positiv hervorzuheben: Nach den verheerenden Kriegshandlungen der letzten Jahre und der faktischen Zweiteilung des Landes in Ost und West bereitete ein Waffenstillstandsabkommen im Oktober 2020 den Weg für einen neuen politischen Annäherungsprozess in Gestalt des „Libyan Political Dialogue Forum“. Auch wenn die Anfänge schwierig und die Legitimation der in diesem Forum aktiven Repräsentant:innen umstritten ist, so haben sich doch erste Erfolge eingestellt. Dazu zählen ein neuer Fahrplan

hin zu landesweiten Wahlen und die punktuelle Durchführung von Wahlen auf lokaler Ebene in bereits elf Gemeinden sowohl im Osten als auch im Westen des Landes.

Im Nachbarland Tunesien, der einzigen aus dem Arabischen Frühling hervorgegangenen Demokratie, haben sich nach den anfänglichen Zeiten des Aufbruchs inzwischen auch eher Stillstand oder gar Rückschritte eingestellt. Zum zehnten Jahrestag der Revolution schallte erneut von Massendemonstrationen der alte Slogan: „Das Volk will den Sturz des Regimes“. Während im aktuellen Tunesien und im Unterschied zur Diktatur Ben Alis politische Freiheiten und Grundrechte gewährleistet sind, wächst insbesondere die Enttäuschung über die wirtschaftliche Misere und die offensichtliche Unfähigkeit der Regierung, die bestehenden Probleme effektiv zu lösen. Mit der 2013 gegründeten „Parti destourien libre“ (PDL) hat sich inzwischen eine einflussreiche politische Kraft im Parlament etabliert und sich in der öffentlichen Wahrnehmung Gehör verschafft, die die vorrevolutionären Zeiten offen glorifiziert und die junge Demokratie von innen torpediert. Tatsächlich ist im Governance-Index seit dem BTI 2016 kein nennenswerter Zuwachs mehr zu verzeichnen – Tunesien verharrt nahezu unverändert bei 5,33 Punkten. Die ursprüngliche Revolutionsbegeisterung ist den meisten Tunesier:innen abhanden gekommen.

Nicht Stillstand, sondern deutliche Rückschritte markieren die Governance-Werte Ägyptens, dem zweiten ehemaligen Hoffnungsträger des Arabischen Frühlings. Präsident Abdel Fattah al-Sisi hat die Macht für sich erfolgreich zementiert und führt das Land nun mit eiserner Hand. Proteste, die im Spätsommer 2019 nochmals aufflackerten, wurden von den Sicherheitskräften kompromisslos niedergeschlagen. Selbst im Gesundheitssektor Tätige wurden verhaftet, nachdem sie Kritik an den unzureichenden Verhältnissen in Krankenhäusern und Gesundheitszentren zu Beginn der COVID-19-Pandemie äußerten. Im Governance-Index steht das Land seit dem BTI 2014 (4,52) beständig verschlechtert da und liegt mit seinen aktuell gemessenen 3,77 Punkten deutlich unter den im BTI 2010 ebenso wie im BTI 2012 gemessenen 4,32 bzw. 4,23. Das Regime des damaligen Langzeitherrschers Hosni Mubarak wurde also deutlich besser eingeschätzt als das aktuelle Governance-Niveau von Präsident al-Sisi; es ist vorrangig dessen kompromisslose Unterdrückung, die neue Massenproteste aktuell nicht aufkommen lässt. In beiden Ländern ist diese wenig auf Innovation und Inklusion gebaute Governance während der aktuellen COVID-19-Pandemie besonders fatal, denn eine effektive Eindämmung von Infektionen findet in beiden Ländern nicht statt.

Die 10-Jahres-Perspektive bietet auch für den Governance-Index interessante Einblicke. Das Gesamtniveau der Region hinsichtlich der Qualität von Regierungsleistungen ist seit dem niedrigen Stand im BTI 2012 (4,15) noch einmal abgesunken auf nun 3,91. Insbesondere Effizienzdefizite und mangelnde Konsensbildung sind für diesen Rückgang verantwortlich. Die politisch Verantwortlichen waren entweder unwillig oder unfähig, gesellschaftliche Spaltungen zu überwinden und vermittelnd zu wirken, noch waren sie bereit, Korruption effektiv zu bekämpfen und verfügbare Ressourcen sinnvoll einzusetzen. Angesichts der Vielzahl tiefgreifender Schwierigkeiten ist der Mangel an guter Regierungsführung eine zusätzliche, schwere Bürde.

Ausblick

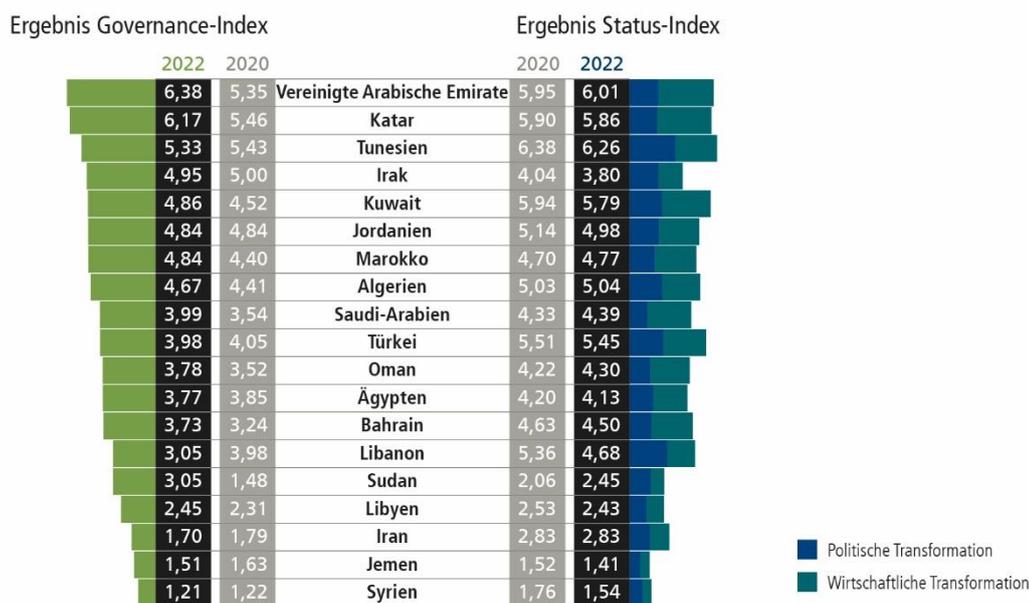
Sudan ist der unbestrittene, wenngleich tragische „Gewinner“ des BTI 2022: Das Ende der Herrschaft des von 1989 bis 2019 diktatorisch regierenden Omar al-Bashir hat den Weg frei gemacht für einige beachtliche Transformationserfolge. Gleichwohl sind die staatlichen Grundleistungen zusammengebrochen, das Land gilt deswegen aktuell als „scheiternder Staat“.

Von einem solchen Abstieg ist der Libanon zwar noch entfernt, dennoch sind die jüngsten Entwicklungen äußerst beunruhigend. Die Unzufriedenheit im Land ist gewaltig angestiegen. Zugleich kann die aktuelle Krise aber auch zur Chance werden: dann nämlich, wenn die zuletzt lauter vernehmbaren Forderungen nach einem Ende des verkrusteten Konkordanzsystems mit seinen garantierten

Machtansprüchen für die einzelnen ethnisch-religiösen Gruppierungen tatsächlich Gehör fänden und Wahlen sowie Ämtervergabe sich dann vorrangig nach Qualifikation ausrichten und nicht nach Quoten-zugehörigkeit.

Kompetenz verbunden mit Transparenz ist gerade in Pandemiezeiten ein wesentlicher Baustein in einer erfolgreichen Strategie zur Eindämmung der gesundheitlichen und sozioökonomischen Herausforderungen, die COVID-19 auch in die MENA-Region gebracht hat. Hier sind allerdings die meisten Länder nicht ausreichend gut aufgestellt. Antipandemische Maßnahmen wurden überwiegend mit polizeilicher Überwachung durchgeführt, zudem haben China und (in geringerem Maße) Russland ihren Einfluss in der MENA-Region dank politisch instrumentalisierter Lieferungen von Schutzausrüstungen und Impfstoffen deutlich vergrößert. Die weiteren machtpolitischen Bestrebungen in Moskau, Peking und ebenso Washington werden für die zukünftige Entwicklung der Region weiterhin eine wichtige Rolle einnehmen. Dies gilt nicht zuletzt mit Blick auf die jüngsten Entwicklungen hinsichtlich Israel und der Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit einigen arabischen Staaten, sowie damit verbunden die Frage der zukünftigen Staatsform Palästinas.

Die erste Dekade nach dem Arabischen Frühling hat, von Tunesien und den jüngsten Hoffnungszeichen im Sudan abgesehen, nicht die erhofften Verbesserungen gebracht. Dies wird mit den 10-Jahrestendenzen in allen drei Teilindizes des BTI 2022 deutlich. Weder haben sich die politischen und wirtschaftlichen Bedingungen noch die Governance-Leistungen nachhaltig zum Besseren gewandelt. Das Zwischenfazit zum Arabischen Frühling fällt insofern zum jetzigen Zeitpunkt leider eher negativ aus: Konflikte, Armut und Repression haben in den meisten Ländern der MENA-Region spürbar zugenommen.



Die COVID-19-Pandemie trifft deswegen auf eine Region, deren Lebenswirklichkeiten generell eher von Verschlechterungen gekennzeichnet sind, insbesondere in den ärmeren Staaten wie Ägypten oder Iran und ganz besonders in den konfliktbelasteten Ländern wie Jemen, Libyen, Syrien oder auch Irak. Bilder von Krankenhäusern ohne ausreichende Sauerstoffversorgung für um ihr Leben ringende Infizierte haben sich tief ins kollektive Gedächtnis eingegraben, selbst in vergleichsweise funktionierenden Ländern wie Jordanien oder Tunesien. Sie stehen sinnbildlich für das Versagen der meisten Regime der MENA-Region, die ihre wichtigsten Kräfte bei der Pandemie – Ärztinnen und Pfleger, Gesundheitsexpertinnen und Fachkräfte – eher für Kritik verhaften denn in ihrem Bestreben nach Verbesserung bestärken. Zwar liefen auch intraregional Hilfslieferungen von Impfstoff und Schutzmaterialien an, aber selbst hier kamen

machtpolitische Erwägungen zum Tragen: Saudi-Arabien und die VAE versuchen auf der einen Seite, ihren Einfluss durch Unterstützungsleistungen beispielsweise in Tunesien zu erweitern und damit der dortigen islamistischen Ennahda-Partei das politische Überleben zu erschweren, Katar und die Türkei versuchen das Gleiche auf ihre Weise, um damit der Ennahda zu weiterer Legitimation zu verhelfen.

Doch selbst die ressourcenreichen Staaten haben ihre ehemals großzügigen Sozialleistungen für die eigene Bevölkerung aufgrund schwindender Einnahmen zuletzt einschränken müssen. Bis Mitte 2021 wurden sozialpolitische Flankierungsmaßnahmen zur Abfederung der eintretenden negativen Pandemieeffekte nur in einer Handvoll von MENA-Staaten erfolgreich implementiert; in allen anderen ist der Großteil der Bevölkerung weitgehend sich selbst überlassen. Hier kommt der traditionelle „Gesellschaftsvertrag“ zwischen autokratischen Herrschern und ihren jeweiligen Bevölkerungen erneut ins Wanken: Wenn der Staat nicht mehr die Grundbedürfnisse der Menschen erfüllen kann, sinkt die Akzeptanz der restriktiven Herrschaftsregime. Neue Proteste sind damit zu erwarten, begleitet allerdings von voraussichtlich unvermindert anhaltenden staatlichen Repressionen und unkontrollierter Polizeigewalt.

Die Protestslogans von 2011 um „Brot, Freiheit, soziale Gerechtigkeit“ haben somit nichts von ihrer Aktualität verloren. Die Lebensbedingungen sind schwieriger geworden in der MENA-Region, und der repressive Griff der Autokraten fester. COVID-19 ebenso wie der Klimawandel und geopolitische Verschiebungen tragen zu weiteren Problemverschärfungen bei. Dies alles lässt für die Zukunft der MENA-Region nicht viel Gutes erwarten.

Über den BTI

Governance im internationalen Vergleich

Seit 2004 analysiert und bewertet der Transformationsindex der Bertelsmann Stiftung (BTI) regelmäßig die Qualität von Demokratie, Marktwirtschaft und Regierungsführung in 137 Entwicklungs- und Transformationsländern. Grundlage für die Bewertung sind über 5.000 Seiten an detaillierten Länderberichten, die in Zusammenarbeit mit über 280 Experten führender Universitäten und Think Tanks in über 120 Ländern erstellt werden.

Der aktuelle Untersuchungszeitraum erstreckt sich vom 1. Februar 2019 bis zum 31. Januar 2021.

Der BTI ist der einzige international vergleichende Index, der die Qualität von Regierungshandeln mit selbst erhobenen Daten misst und eine umfassende Analyse von politischen Gestaltungsleistungen in Transformationsprozessen bietet.

Transformation Index BTI 2022

ISBN
978-3-86793-938-6
AUFLAGE
1. Auflage
UMFANG/FORMAT
80 Seiten, Broschur

PREIS **18,00 €**
ZZGL. VERSANDKOSTEN



Kontakt

Bertelsmann Stiftung
Carl-Bertelsmann-Straße 256
33311 Gütersloh
Telefon +49 5241 81-0

Sabine Donner
Senior Expert
Telefon +5241 8181501
sabine.donner@bertelsmann-stiftung.de

Claudia Härterich
Project Manager
Telefon +5241 8181263
claudia.haerterich@bertelsmann-stiftung.de

Dr. Hauke Hartmann
Senior Expert
Telefon +5241 8181389
hauke.hartmann@bertelsmann-stiftung.de

www.bti-project.org